

Wie das Ausland unsere Schule zersetzt

Die Wirkung der importierten Uno-Konvention zeigt, wie fatal eine EU-Anbindung wäre.

Von Beat Gygi

<https://weltwoche.ch/story/wie-das-ausland-unsere-schule-zersetzt/>

Die integrative Schule ist mittlerweile derart in die Kritik geraten, dass dieses Modell von den einen als gescheitert, von den andern als schwer reparaturbedürftig angesehen wird.

Besonders deutlich zeigt sich die Unzufriedenheit etwa darin, dass sich FDP-Präsident Thierry Burkart mit seiner Einschätzung «Die integrative Schule ist gescheitert» samt Partei kürzlich auf die Seite der Gegner schlug, oder in einer Initiative im Kanton Zürich für die Einführung von Förderklassen, also für eine massive Korrektur.

Die Debatte über Mängel des Schulsystems ist aber auch auf breiter Front in Gang gekommen und erhöht den Druck, aus Fehlern zu lernen und die Spielregeln anzupassen. Ökonomisch gesehen, geht es um Fehlinvestitionen, die nun zu stoppen und abzuschreiben sind – das heisst: lieber Verluste eingestehen und abbuchen, statt weiterhin kostbare Mittel in erfolglose Vorhaben zu stecken.

Die «integrative Schule» oder «inklusive Bildung» begann vor gut zehn Jahren richtig in das schweizerische Bildungswesen einzudringen. Und zwar von aussen kommend, in Form von internationalen Normen, die sich dann im Inland zu komplizierten Vorschriften auswuchsen.

Es ging so: Im Dezember 2006 wurde die Behindertenrechtskonvention (BRK) von der Uno-Generalversammlung verabschiedet, im Mai 2008 trat sie in Kraft. In der Schweiz wurde sie im Dezember 2013 von der Bundesversammlung angenommen, im April 2014 ratifiziert und kurz darauf in Kraft gesetzt. Das Ziel war breit formuliert, Menschen mit Behinderungen sollen ihre Rechte in gleichem Mass ausüben können wie Menschen ohne Behinderung.

Ein Teil der Konvention betrifft die Bildung, etwa mit der Formulierung: Es sollen «Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben». Betont wird das Ziel der «vollständigen Integration», «Absonderungen» seien zu verhindern.

Auf dieser importierten Uno-Grundlage bauten die Bildungspolitiker und die Erziehungsdirektionen ihre Modelle der integrativen Schule auf. Um den Unterricht in Klassen mit dem ganzen Spektrum unterschiedlichster Schüler zu ermöglichen, wurden die normalen Lehrkräfte immer aufwendiger durch Spezialisten und Programme ergänzt, die das Schulwesen komplizierter machten, und auch teurer.

Bildungsverwaltungen und die Beratungsbranche erhielten weitreichende Entfaltungsmöglichkeiten und Wachstumsspielräume, die sie eigenmächtig für Machtausweitung und eigene Vorlieben nutzen konnten.

Und vom Ergebnis her ist es eben so weit gekommen, dass heute Lehrmeister unzufrieden sind mit Abgängern der Volksschule, dass viele Lehrkräfte demotiviert und Eltern verärgert sind – und vor allem die Zukunft der Kinder beeinträchtigt ist.

Jetzt, da die Bereitschaft zunimmt, aus Fehlern zu lernen, gilt es aufzupassen, dass man angesichts all der zahlreichen Mängel den grundlegendsten Fehler nicht übersieht: wie fatal die eifertige Übernahme internationaler Normen sein kann.

Mit der Uno-Vorgabe zur integrativen Bildung hat die Schweiz ein trojanisches Pferd ins Land geholt, das mit Unterstützung einheimischer Lobbying-Gruppen gewaltige Wirkung entfaltet hat. Dies ist eine Warnung von höchster Aktualität für das, was mit einer institutionalisierten Übernahme von EU-Recht passieren könnte. Jetzt kann man noch vorbeugen.

Lektion aus Deutschland

In der Schweiz versucht eine grosse Koalition seit längerem, die familienexterne Kinderbetreuung auszubauen und zu einer dauerhaften Bundesaufgabe zu machen. Es gab bisher immer nur befristete Anschubfinanzierungen, die jüngste bis 2026. 2023 scheiterte eine Hochsubventions-Vorlage mit Jahreskosten von gegen einer Milliarde Franken im Parlament knapp. Die Suche der sozialpolitischen Finanzverschieber läuft also weiter.

Da – plötzlich blitzt in dieser verkrampften Umverteilungsstimmung eine andere Sicht auf: im Blog des deutschen Ratgebers namens Auswanderluchs zum Thema «Auswandern in die Schweiz». Er beobachtet eine Korrelation von hohen Kita-Kosten und niedrigen Steuern und sagt: «Ich für meinen Teil bevorzuge die kurzzeitige, relativ hohe finanzielle Belastung durch die Kita in Verbindung mit der langfristigen niedrigen Steuerbelastung. Die Kita zahlt man nur für wenige Jahre, die Einkommenssteuer zahlt man ein Leben lang. Hoch lebe die liberale Schweiz!»
Erstklassige Lektion.